

# FlüchtlingsRAT NRWe.V.

## Newsletter November 2021

### **Liebe Leserinnen und Leser!**

*Zur Sitzung des Integrationsausschusses am 10.11.2021 nahm der Minister für Kinder, Familien, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Joachim Stamp, in einem schriftlichen Bericht Stellung zu der aktuellen „Aufnahmesituation für geflüchtete Afghaninnen und Afghanen“.*



*Danach habe NRW nach der Machtergreifung der Taliban und den daraus resultierenden Evakuierungsmaßnahmen bis zum 03.11.2021 insgesamt 1.419 Personen (evakuierte Personen sowie weitere Personen im Rahmen der organisierten Ausreise) eine kurzfristige Unterkunft in Landeseinrichtungen gewährleistet.*

*Die evakuierten Personen seien mit einem Visum nach Deutschland eingereist. Nicht alle hätten danach eine Aufnahmezusage bekommen. Diese seien vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowohl darüber informiert als auch darauf hingewiesen worden, dass für sie die Möglichkeit besteht, einen Asylantrag zu stellen. Afghanische Staatsangehörige, die vor Ort in Afghanistan für deutsche Behörden tätig waren (sog. afghanische Ortskräfte plus deren Familien), könnten eine Aufnahme auf die sogenannte Ortskräfte-liste erreichen. Hierfür könnten sie sich an ihre ehemaligen deutschen Arbeitgeberinnen bzw. die jeweiligen Ressortbeauftragten wenden.*

*Laut dem Bericht halten sich Personen, die keinen Asylantrag bzw. keinen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis gestellt haben, nach Ablauf ihres Visums unerlaubt in Deutschland auf.*

*PRO ASYL kritisierte in einem Artikel vom 24.09.2021 bereits die Verfahren bezüglich der Ortskräfte, denn viele von diesen würden nur schleppend vorangehen. Bei einigen Betroffenen sei sogar die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis abgelehnt worden, mit der Begründung, dass durch bestimmte Vertragskonstellationen laut den Vorgaben der Bundesregierung keine Berechtigung für eine Aufnahme bestehe, wie beispielsweise bei einer Selbstständigkeit.*

*In einer Pressemitteilung vom 18.10.2021 forderte PRO ASYL, dass es neue Bundes- und Landesaufnahmeprogramme geben müsse, die sichere Ausreisen organisieren, weitere Aufnahmen für besonders gefährdete Afghaninnen zusagen, einen schnelleren Familiennachzug realisieren und die Angehörigen von in Deutschland lebenden Menschen schützen.*

*In dieser Ausgabe des Newsletters berichten wir über die aktuelle Situation an der polnisch-belarussischen Grenze und über Seenot – Rettungsaktionen und Fluchtwege in Europa. Außerdem werfen wir einen Blick auf die Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes NRW und auf die gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen.*

*Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse [newsletter@fnrw.de](mailto:newsletter@fnrw.de). Unter [www.fnrw.de](http://www.fnrw.de) könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.*

Lage an der Grenze zwischen Polen und Belarus spitzt sich weiter zu

Die Atmosphäre im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus heize sich immer weiter auf und sei mittlerweile hochgradig militarisiert, denn entlang der 400 Kilometer langen Grenze seien momentan insgesamt mehr als 12.000 Soldatinnen stationiert, wie es in einer Reportage am 15.11.2021 in der Zeit heißt.

Tausende Flüchtlinge sollen an der Grenze zwischen Polen und Belarus bei Temperaturen ausharren, die Minusgrade erreichen, wie der Spiegel am 11.11.2021 berichtete. Dennoch würde humanitäre Hilfe durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen weiterhin verboten. Bis jetzt seien zehn Menschen im Grenzgebiet verstorben. Kyle McNally von der Hilfsorganisation »Ärzte ohne Grenzen« sagte dem Spiegel gegenüber, dass noch weitere Menschen sterben werden, wenn sich die Situation an der Grenze nicht bald ändern werde.

Nach Angaben des Focus vom 15.11.2021 erklärte die polnische Hilfsorganisation Grupa Granica zusammen mit anderen Hilfsgruppen am 13.11.2021 in einer Pressekonferenz, dass eine Entschärfung am ehesten von Polen aus zu erreichen sei, aber es dennoch eine europäische Lösung geben müsse.

In ihrer Pressemitteilung vom 15.11.2021 fordert PRO ASYL, den Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze die Einreise in die EU zu gestatten, eine humanitäre Lösung herbeizuführen und einen Teil der Menschen in Deutschland aufzunehmen.

Derweil mehren sich die Berichte über Versuche von Flüchtlingen, die Grenze zu überqueren. Die Zeit meldete am 09.11.2021, dass am 08.11.2021 größere Gruppen in der Nähe von Kuźnica vergeblich versucht hätten, die EU-Außengrenze von belarussischer Seite aus zu überwinden.

In der Nacht zum 10.11.2021 sei es zwei größeren Gruppen von Flüchtlingen gelungen, die Grenze in der Nähe der Dörfer Krynki und Bialowieza zu überwinden, so die Welt am 10.11.2021. Dabei seien einige der Schutzsuchenden nach Belarus zurückgebracht worden. Die Polizei habe mehr als 50 Schutzsuchende wegen illegaler Einreise festgenommen.

Die Süddeutsche Zeitung schrieb in einem Artikel vom 14.11.2021 über einen Grenzüberwindungsversuch, der sich in der Nacht zum 13.11.2021 ereignet haben soll. Etwa 100 Schutzsuchende hätten versucht, über die Grenze zu gelangen, seien aber von polnischer Seite wieder zurückgetrieben worden.

Am 15.11.2021 einigten sich die Außenministerinnen der EU-Staaten angesichts der Lage an der europäischen Grenze zu Belarus auf eine neue Sanktionsregelung, um auf die Instrumentalisierung von Menschen durch das belarussische Regime zu reagieren. Laut einer Erklärung des Europäischen Rates vom 15.11.2021 könne die EU künftig gezielt gegen Personen und Organisationen vorgehen, die Aktivitäten des Lukaschenko-Regimes durchführen oder unterstützen. Die neuen Maßnahmen sollen sich besonders gegen Fluggesellschaften, Reisebüros oder andere Verantwortliche richten, die sich an den Schleusungen beteiligen, wie die Zeit am 15.11.2021 schrieb.

## Seenotrettungen und aufkommende Flüchtlingsrouten in Europa

Anfang November 2021 hat das deutsche Seenotrettungsschiff „Sea Eye 4“ in mehreren Einsätzen mehr als 800 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet und hatte damit so viele Menschen an Bord wie noch nie zuvor, wie der Spiegel vom 04.11.2021 berichtete. Die Rettungsaktionen seien allesamt in der maltesischen Zone erfolgt, der Inselstaat habe nicht auf die Hilferufe der Flüchtlinge reagiert. Mehrere Tage musste das überfüllte Schiff auf eine Einfahrt in einen sicheren Hafen warten, die erst Tage später in Tripani auf Sizilien erfolgen konnte, so die Tagesschau am 07.11.2021. Nach Angaben des Deutschlandfunk vom 11.11.2021 wartete neben der „Sea Eye 4“ noch ein weiteres Rettungsschiff auf die Einfahrt in einen sicheren Hafen. Die „Ocean Viking“ rettete über 300 Menschen auf dem Mittelmeer und habe ebenfalls erst nach Tagen einen Hafen auf Sizilien ansteuern können.

Heinrich Bedford-Strohm, der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die die Finanzierung der „Sea Eye 4“ unterstütze, kritisierte dem Spiegel vom 04.11.2021 zufolge die langen Wartezeiten, denen das Rettungsschiff „Sea Eye 4“ ausgesetzt gewesen sei. Er sprach sich dafür aus, dass die Geretteten auf die europäischen Länder verteilt werden müssen, da es viele Städte gebe, die sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt hätten, wie die Stuttgarter Zeitung am 30.10.2021 schrieb. Die nationalen Regierungen würden dem aber im Weg stehen. Nach weiteren Informationen der Stuttgarter Zeitung habe Bedford-Strohm nur einige Tage zuvor der Europäischen Union vorgeworfen, die libysche Küstenwache finanziell zu unterstützen, um somit Flüchtlinge zurückhalten zu können.

Nach Angaben der Zeit vom 03.11.2021 sind Anfang November 2021 zudem 300 Flüchtlinge in der Nacht zum 02.11.2021 auf ihrem Weg von Frankreich nach Großbritannien aus dem Ärmelkanal gerettet und von französischen Einsatzkräften wieder zurück nach Frankreich gebracht worden. Die Anzahl der Überfahrten sei wieder erheblich angestiegen, wie die Zeit vom 03.11.2021 weiter berichtete. Zwischen Januar und August dieses Jahres hätten etwa 15.400 Menschen auf diesem Weg versucht, den Ärmelkanal zu überqueren. Im Hinterland von Calais würden weiterhin mehrere Tausend Menschen auf eine Möglichkeit der Überfahrt nach Großbritannien warten, wie die Stuttgarter Zeitung am 05.11.2021 meldete. Gründe für die ansteigenden Zahlen seien die zunehmenden Spannungen in Afrika und dem Mittleren Osten, aber auch, dass Großbritannien nach dem Brexit die Kontrollen auf Fähren und im Eurotunnel verschärft habe.

Auf den Balearischen Inseln, insbesondere Mallorca, nehmen ebenfalls die Flüchtlingszahlen stetig zu. Im Laufe des Jahres seien schon 150 Boote mit insgesamt 2.100 Flüchtlingen auf Mallorca angekommen – so viele wie noch nie, berichtet die Augsburger Allgemeine in einem Artikel vom 02.11.2021. Im Vergleich dazu seien es im vergangenen Jahr etwa 1.464 Flüchtlinge gewesen. Bei den Flüchtlingen handle es sich überwiegend um algerische Männer, die der wirtschaftlichen Lage in ihrem Land entkommen wollen würden. Die Überfahrt von Afrika auf die Balearischen Inseln erfolge in kleinen Booten mit Platz für etwa 10-20 Menschen. Hilfsorganisationen hätten mittlerweile ein Flüchtlingscamp am Stadtrand von Palma errichtet. Von dort aus würde es die meisten Schutzsuchenden aber weiter aufs Festland ziehen.

#### Neuer Ministerpräsident in NRW - Reform in der Flüchtlingspolitik?

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit Hendrik Wüst seit dem 27.10.2021 einen neuen Ministerpräsidenten. Im Vorfeld seiner Wahl hatten wir als Flüchtlingsrat NRW in einer Pressemitteilung vom 26.10.2021 die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass mit einem neuen Landesoberhaupt wichtige Impulse zur humanitären Ausgestaltung von Flüchtlingsfragen gesetzt werden können. Wir sehen die Notwendigkeit vor allem darin, dass es eine klare Haltung bezüglich der Bereitschaft für die Aufnahme von Flüchtlingen geben muss. Die Belange der Flüchtlinge müssen ernstgenommen und ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, eine Lebensperspektive entwickeln zu können.

Wenige Tage nach dem Amtsantritt von Wüst beschloss der Landtag NRW am 03.11.2021 eine Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüaG), die rückwirkend ab Januar 2021 in Kraft tritt. Damit werden die Kostenpauschalen, die die Kommunen für jeden aufzunehmenden Schutzsuchenden erhalten, erhöht. Nach einem Artikel der WAZ vom 04.11.2021 sei das Ziel dieser Reform, die Zahl der geduldeten Flüchtlinge in NRW zu reduzieren. Zum einen sollten die Kommunen mehr Abschiebungen durchführen, gleichzeitig soll gut integrierten geduldeten Menschen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht ermöglicht werden. Zusätzlich wurde beschlossen, so die WAZ weiter, dass den Kommunen für die Flüchtlingsaufnahme erhöhte Kostenpauschalen zur Verfügung gestellt werden.

Berivan Aymaz und Mehrdad Mostofizadeh von den Grünen im Landtag NRW äußerten jedoch in einer Pressemitteilung vom 06.11.2021 Kritik an der neuen Reform. Die Pauschalen seien für viele Kommunen demnach immer noch nicht auskömmlich, um alle Kosten decken zu können. Zudem müsse eine engere Zusammenarbeit zwischen allen Bereichen (Land, Kommunen und soziale Akteure) erfolgen, um die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu verbessern. Es gehe dabei nicht nur um finanzielle Fragen, sondern auch um Qualitätsstandards.

## Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen

Nach Angaben des Deutschlandfunk vom 05.11.2021 benötigen etwa 30% der 1,4 Millionen Menschen, die in den letzten Jahren Zuflucht in Deutschland gesucht haben, psychologische Betreuung. Viele unter ihnen würden mit Erinnerungen an Gewalt, Krieg sowie Folter kämpfen und unter schweren Depressionen, Schlaf- und Angststörungen, Panikattacken oder Suizidgedanken leiden. Lukas Welz, Geschäftsführer der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF), gab gegenüber dem Deutschlandfunk zu bedenken, dass Menschen mit Fluchterfahrungen oftmals mit ihren seelischen Nöten allein seien, da ihnen der Zugang zu einer entsprechenden Therapie verwehrt bleibe. Weiter äußerte Welz, dass die zuständigen Sozialbehörden Anträge von Asylbewerberinnen im Vergleich zu gesetzlich Krankenversicherten rund siebenmal häufiger ablehnen würden, sodass jährlich 7.000 – 8.000 Flüchtlinge auf einer Warteliste für eine Therapie ständen.

Einem weiteren Bericht des Deutschlandfunk aus März 2021 zufolge besitzen rund 61.000 Menschen in Deutschland keine Krankenversicherung - darunter auch viele Menschen ohne legalen Aufenthalt. Die Coronapandemie werde diese Zahlen voraussichtlich weiter ansteigen lassen. Eine Hilfe für diese Menschen, die nicht krankenversichert sind, stellen die Anonymen Krankenscheine dar.

Die Stadt Bonn hat im September 2021 die Einführung eines Anonymen Krankenscheins (AKS) beschlossen und die Finanzierung einer Clearingstelle zur sozialrechtlichen Beratung für drei Jahre bewilligt. Für dieses Projekt stehen 100.000 € pro Jahr zur Verfügung. In einer Pressemitteilung vom 02.11.2021 teilt der Träger der Clearingstelle, der AKSB e.V., die Eröffnung der Beratungssprechstunde ab dem 16.11.2021 mit. Willkommen sei jeder, der ohne Versicherung sei. Bei Bedarf werde der AKS ausgestellt, mit dem man gesundheitliche Versorgungsleistungen in Anspruch nehmen könne.



**Jetzt mitmachen: Gemeinsame Forderungen zur Landtagswahl 2022**

Am 15.05.2022 findet in NRW die Landtagswahl statt. Gerade jetzt brauchen wir ein starkes Signal für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik in NRW.

Unter dem Motto „Zusammen sind wir nicht zu überhören!“ laden wir Sie ein, mit uns gemeinsame Forderungen zu entwickeln. Dazu planen wir ab Dezember 2021 mehrere digitale Treffen. Die Forderungen sollen im Frühjahr 2022 veröffentlicht werden.

Das Auftakttreffen findet am Mittwoch, 08.12.2021 von 17 bis 20 Uhr statt. Wir bitten um Anmeldung bis zum 06.12.2021 bei Maria Fechter unter ehrenamt2 (at) frnrw.de oder 0234 587315 83.

Mehr Informationen finden Sie in unserem [Einladungsflyer](#). Alle, die sich in Ehrenamt oder Beruf für die Rechte von Flüchtlingen einsetzen und/oder selbst geflüchtet sind, sind herzlich willkommen!

**Meschede**, 19.11. - 21.11.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung: Helferinnenseminare: „Unterstützung bei der Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beruf“. Freitag 17:00 - Samstag 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter <https://www.fes.de/>.

**Webtalk**, 20.11.2021: Friedrich Naumann Stiftung/Landesbüro NRW: „15. Liberal International Day Migration - schicksalhafter und konstitutiver Bestandteil der Menschheitsgeschichte“. 10:00-13:15 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter <https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/q9oxo>.

**Dinslaken**, 20.11.2021: St. Vincentius Kirche und evangelische Stadtkirche in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Dinslaken: „Totenlesung“. 8:00 - 18:00 Uhr. Weitere Informationen unter [Flüchtlingsrat Dinslaken](#).

**Online-Vortrag**, 22.11.2021: Integrationsagentur der AWO Unterbezirk Dortmund: „Die aktuelle Lage in Afghanistan – Situation von Mädchen und Frauen“. 17:30 - 19:00 Uhr. Anmeldung unter [praktikummigra@awo-dortmund.de](mailto:praktikummigra@awo-dortmund.de).

**Online-Seminar**, 22.11.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Neue Engagierte finden“. 17:00 - 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Veranstaltung**, 23.11.2021: Essen stellt sich quer: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Bedeutung verschiedener GMF-Facetten bei rechter Mobilisierung“. 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Essen stellt sich quer](#).

**Online-Workshops**, 23.11. - 25.11.2021: Projekt NesT: „Humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen durch Community Sponsorship“. Verschiedene Workshops. Weitere Informationen und Fragen unter [KatharianNicola.Mayr@caritas.de](mailto:KatharianNicola.Mayr@caritas.de) und [Jasmin.Scherzinger@caritas.de](mailto:Jasmin.Scherzinger@caritas.de).

**Detmold**, 27.11.2021: Seebrücke/Lokalgruppe Detmold: „Flashmob“. 12:00 - 12:15 Uhr. Weitere Informationen unter [seebruecke.org](http://seebruecke.org) und [detmold@seebruecke.org](mailto:detmold@seebruecke.org).

**Eitorf**, 27.11. - 28.11.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung: Helferinnenseminar: „Der Pass ist der edelste Teil vom Menschen“. Samstag 11:30 - Sonntag 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter <https://www.fes.de/>.

**Online-Veranstaltung**, 30.11.2021: Deutsch-Maghrebinische Gesellschaft (DMaG) in Kooperation mit der VHS-Bonn: „Geld für Migrationsabwehr? Warum die Hilfe Nordafrika nicht nachhaltig entwickelt“. 18:00 - 19:30 Uhr. Weitere Informationen unter <https://www.dmag-bonn.de/>.

**Düsseldorf**, 30.11.2021: Rosa von Luxemburg Stiftung: Diskussion/Vortrag: „Aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus in Europa“. 19:00 - 20:30 Uhr. Weitere Informationen unter <https://nrw.rosalux.de/>.

**Online-Austausch**, 01.12.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Engagement in Landesunterkünften“. 17:30 - 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Vortrag/-Diskussion**, 02.12.2021: Eine Kooperation der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen, der Evangelische Akademie Villigst und der Evangelischen Akademie im Rheinland: „Rechter Terror | Zwischen Frauenhass und Antisemitismus“. 19:00 - 21:00 Uhr. Weitere Informationen unter <https://www.ev-akademie-rheinland.de>.

**Dortmund**, 04.12.2021: Kino-Sondervorführung: „DEAR FUTURE CHILDREN. Demokratie. Klima. Gerechtigkeit“. 10:40 - 13:00 Uhr. Weitere Informationen unter <https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/cub83>.

**Bochum**, 05.12.2021: Kino-Sondervorführung: „DEAR FUTURE CHILDREN. Demokratie. Klima. Gerechtigkeit“. 10:40 - 13:00 Uhr, weitere Informationen unter <https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/1mepe>.

**Bonn**, 05.12.2021: Kino-Sondervorführung: „DEAR FUTURE CHILDREN. Demokratie. Klima. Gerechtigkeit“. 19:00 - 21:35 Uhr, weitere Informationen unter <https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/2fkw2>.

**Online-Seminar**, 06.12.2021: ECPAT Deutschland e.V.: „Handeln mit Kindern. Kinderhandel und Ausbeutung im Migrations- und Asylkontext“. 10:00 - 12:00 Uhr. Weitere Informationen unter <https://ecpat.de/> und [m.mueller@ecpat.de](mailto:m.mueller@ecpat.de).

**Online-Vortrag**, 08.12.2021: Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe / Projekt UBIF an der EVH RWL: „Die aktuelle Situation (unbegleiteter) junger Geflüchteter in Deutschland - Möglichkeiten und Herausforderungen für eine parteiiche Fachlichkeit“. 18:00 - 20:00 Uhr. Anmeldung unter [beschwerdestelle@evh-bochum.de](mailto:beschwerdestelle@evh-bochum.de).

**Online-Auftakttreffen**, 08.12.2021: Flüchtlingsrat NRW: „‘Zusammen sind wir nicht zu überhören!’ – Gemeinsame Entwicklung von Forderungen zur Landtagswahl 2022“. 17:00 - 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Schwerte**, 10.12. - 12.12.2021: Institut für Kirche und Gesellschaft „Asylpolitisches Forum 2021“. 10.12., 17:30 - 12.12., 12:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Institut für Kirche und Gesellschaft](#).

**Köln**, 12.12.2021: Kino-Sondervorführung: „DEAR FUTURE CHILDREN. Demokratie. Klima. Gerechtigkeit“. 11:15 - 13:30 Uhr. Weitere Informationen unter <https://shop.freiheit.org/#!/Veranstaltung/82boq>.

**Online-Workshop**, 15.12.2021: Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW: „Digitale Transformation der sozialen Arbeit im Kontext Flucht“. 15:30 - 18:30 Uhr. Ansprechpartnerin ist [romina.skupin@kircheundgesellschaft.de](mailto:romina.skupin@kircheundgesellschaft.de).

**Online-Austausch**, 16.12.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Finanzierungsmöglichkeiten in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe“. 17:00 - 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

\* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

[www.frnrw.de](http://www.frnrw.de)

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum